

BUND-Kurzinfo

Erdgasabhängigkeit reduzieren und -ausstieg einleiten

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine kollabierte die Vorstellung von Erdgas als einer sogenannten Brückentechnologie. Anstatt Kohle- und Atomenergie in einem Zwischenschritt durch Erdgas zu ersetzen, muss dessen Nutzung bereits heute massiv reduziert werden. Der Ausstieg aus den Fossilen ist dabei neben einem klima- und umweltpolitischen Ziel auch zu einer friedenspolitischen Aufgabe geworden. Alle energiepolitischen Investitionen der Bundesregierung müssen sich daran messen, ob sie mit diesem Paradigmenwechsel kompatibel sind. Eine Übersicht über mögliche Sofortmaßnahmen für sektorübergreifende Energieeinsparungen hat der Bundesvorstand mit dem Papier *Einsparungen jetzt!* vorgelegt.¹ Im Folgenden fokussieren wir insbesondere auf die Frage, was aus Sicht des BUND jetzt zu tun ist, um die Abhängigkeit von Erdgas schnell zu reduzieren und den vollständigen Erdgasausstieg einzuleiten.

- **Energiesparen:** Allererste und höchste Priorität hat das Energiesparen durch Suffizienz und Effizienz. Ob in privaten Haushalten, Gewerbe, Industrie, öffentlichen Gebäuden: In allen Sektoren muss nun dafür gesorgt werden, dass der direkte Erdgasverbrauch sinkt, ebenso hilft es, Strom einzusparen. Wir unterstützen deshalb kurzfristig wirkende Angebote wie die Beratung und Förderung von einfachen Maßnahmen, um den Betrieb von Heizungsanlagen zu optimieren (z.B. hydraulischer Abgleich) und ein Angebot für kostenlose Energieberatungen in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren. Ebenso hilft die Einsparung von Strom – oft kann mit bewusstem Abschalten unnötigen Verbrauchs 10 % eingespart werden. Halogen- und Leuchtstofflampen können auf LED umgestellt werden.² Allein schon mit bewusster Verbrauchsreduktion können 10% Energie in allen Bereichen (250 TWh) eingespart werden und somit die Hälfte der Erdgasimporte aus Russland (bilanziell) ersetzt werden. Gleichzeitig muss ein ordnungsrechtlicher Rahmen für die langfristige Verpflichtung zum Energiesparen zum Beispiel durch die Erstellung von Sanierungsfahrplänen für alle Gebäude und die Beschleunigung der Gebäudesanierung durch Mindesteffizienzstandards für alte, besonders ineffiziente Gebäude eingeführt werden. Der Energieverbrauchsstandard für Neubauten ist auf das Passivhausniveau abzusenken. Dies wäre unabhängig von den Entwicklungen in der Ukraine sinnvoll, da der Gasverbrauch schon ab heute substantiell sinken muss, um die Klimaziele zu erreichen. Immens steigende Energiepreise schaffen die Bedingung für eine wirtschaftliche deutliche Senkung des Energieverbrauchs.
- **Erdgaskraftwerke:** Im besten Fall kann Deutschland auf den Bau weiterer Erdgaskraftwerke als Reservekapazität zur Stromversorgung verzichten – trotz eines Kohleausstieges im Jahr 2030. Die Voraussetzungen dafür sind der erfolgreiche Ausbau erneuerbarer Energien, ein

¹ BUND (2022): *Einsparungen jetzt! Für Energiesouveränität und ein krisenfestes Ernährungssystem*. Online verfügbar unter: [BUND Sofortmassnahmen Energiesektor Agrarsektor.pdf](#)

² Wir unterstützen in diesem Zusammenhang auch die Forderungen der DENEFF nach einem historischen Energiesparpaket: DENEFF (2022): *Energiesparen wird zur Frage der nationalen Sicherheit*. Ein historisches Energiesparpaket wird jetzt gebraucht. Online verfügbar unter: [DENEFF Historisches-Energiesparpaket-Diskussionspapier.pdf](#) (zuletzt abgerufen am 13.03.2022).

nur gering ansteigender Stromverbrauch, eine flexiblere Nutzung von Biomasse³, ein schneller Einstieg in die wasserstoffbasierte Stromspeicherung und Rückverstromung (inkl. Abwärmenutzung). Gasbetriebene Kraftwerke sollten generell nur für den Ersatz von Kohleheizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung gebaut werden und müssen in regionale Transformationspläne eingebettet werden. Diese Heizkraftwerke sind wichtiger Bestandteil der Wärmewende im Bereich der Fernwärme und dienen zugleich der Versorgungssicherheit, wenn Wind und Sonne zu wenig Strom liefern. Die Anlagen müssen von Beginn an vollständig auf Wasserstoff umstellbar sein (100-Prozent-H₂-Readiness, z.B. von Gasturbinen und Gasmotoren). In einer Übergangszeit kann Erdgas genutzt werden. Dies führt bei konsequenter Einsparung von Erdgas im Gebäudebereich nicht zu einem Mehrbedarf.

- **Wärmewende:** Der Ausstieg aus Öl- und Erdgasheizungen kann nicht mehr warten. Dazu gehört ein sofortiger Förderstopp und ein schnellstmögliches Einbauverbot für neue Erdgas- und Heizölheizungen. Bestehende Gas- und Ölheizungen müssen schrittweise durch erneuerbare Wärmeerzeuger ausgetauscht werden, dies muss mit individuellen Sanierungsfahrplänen und einem um mehr als 50% gesenktem Verbrauch verbunden werden. Als Alternative braucht es eine Ausbauoffensive für hocheffiziente Wärmepumpen und Solarthermieanlagen. Fernwärme ist auf Kombinationen von Heizkraftwerken (KWK) und Großwärmepumpen mit erneuerbarer Wärme umzustellen und zum Ersatz von Erdgas- und Ölheizungen auszuweiten. Verpflichtende kommunale Wärmeplanung muss hierzu Vorranggebiete festlegen. Abwärmepotenziale, z.B. von Rechenzentren, sind verpflichtend zu nutzen. Kommunale Konzepte der „grünen Fernwärme“ mit dem flexiblen Einsatz nachhaltiger Energie aus Biomasse und Wasserstoff in Kraft-Wärme-Kopplung verbunden mit Wärmepumpen und Wärmespeichern sind im Rahmen der „innovativen KWK“ zu fördern.
- **LNG-Terminals:** Mit den in Europa existierenden LNG Kapazitäten besteht bereits heute die Möglichkeit, Erdgasimporte zu diversifizieren und die Speicher über den Sommer wieder zu befüllen. Aufgrund der langen Bauzeiten für neue LNG-Terminals (in Brunsbüttel beispielsweise 3-3,5 Jahre) bieten diese keinen zusätzlichen Schutz vor einer kurzfristigen Versorgungskrise. Die Nutzung von Fracking ist als Teil einer Diversifizierungsstrategie auszuschließen. Wir fordern die Bundesregierung auf ihre Planungen für neue LNG-Terminals zu stoppen.
- **Wasserstoffimporte:** Innerhalb des fossilen Energiesystems gibt es keine zufriedenstellenden Alternativen zu russischem Erdgas. Die öffentliche Förderung muss sich deshalb auf den Aufbau von Wasserstofftransport- und Importinfrastrukturen sowie die Erzeugung von Wasserstoff auf Basis erneuerbarer Energien konzentrieren. Entsprechend muss nun zügig die Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie ausgebaut werden. Zugleich sollte es das Ziel der Bundesregierung sein, die deutsche und europäische Abhängigkeit von Energieimporten in einem klimaneutralen Energiesystem zu verringern. Beim Aufbau eines globalen Marktes für grünen Wasserstoff sind ambitionierte Nachhaltigkeitskriterien im ökologischen und sozialen Bereich unverzichtbar. Diese sollten unter anderem Aspekte wie die Einhaltung der Menschenrechte oder gute Regierungsführung umfassen und somit auch einen friedenspolitischen Beitrag leisten.

³ Die Ergebnisse des Kooperationsprojekts *VisuFlex* zeigen, dass durch eine optimierte und flexibilisierte Biomassennutzung zwischen 10 und 15 GW an zusätzlicher Kapazität für den Spitzenlastausgleich gewonnen werden kann. Mehr dazu unter: [VisuFlex: Flexible Biogasanlagen stellen erneuerbaren Strom bedarfsgerecht zur Verfügung](#). (zuletzt abgerufen am 14.03.2022)

- **Soziale Abfederung:** In der jetzigen Krise sind weiter steigende Energiepreise zu erwarten. Diese sollten aber nicht das Argument sein, um auf einen Importstopp für russisches Gas und Öl zu verzichten. Einkommensschwachen Haushalten muss in dieser Situation dringend geholfen werden, auch um Ihnen Investitionen in energieeffiziente Technik zu ermöglichen. Der erfolgreiche Stromsparcheck ist umfassend als Energiesparcheck bundesweit auszuweiten. Die Gebäudesanierung bietet dabei auch Schutz vor zukünftigen Schwankungen der Energiepreise. Bei der CO₂-Bepreisung muss sozialpolitisch nachgebessert werden. Diese sollte die Einführung einer Klimaprämie ebenso beinhalten wie die Übernahme des CO₂-Preises durch Hauseigentümer*innen, denn diese können über die Verbrauchsminderung durch Heizungstausch und Sanierung entscheiden.
- **Industrietransformation:** Angesichts der hohen Energiepreise sollte die Industrie ein eigenes Interesse daran haben, verstärkt in Energieeffizienzmaßnahmen zu investieren. Im Hinblick auf das schnelle Erreichen der Klimaziele wird es nötig sein, stärker als bisher Maßnahmen der Suffizienz umzusetzen und die industrielle Produktion daran auszurichten. Dies beinhaltet unter anderem einen geringeren Plastikverbrauch, eine deutliche Ausweitung von Recyclingsystemen, weniger Betoneinsatz im Neubau und weniger stickstoffhaltige Düngung durch mehr biologische Landwirtschaft.
- **Gasausstieg:** Der Ausstieg aus fossilem Gas muss bis spätestens 2035 erfolgt sein, um das Pariser Klimaziel einzuhalten. Dafür braucht es u.a. einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen analog zum Kohleausstieg. Ein neues Strommarktdesign muss auf Dezentralität, Förderung der Bürger*innenenergie durch regionale „Erneuerbare Energie Gemeinschaften“ und „Energy Sharing“ setzen. Dies hätte den Vorteil, die nötige langfristige Planungssicherheit zu schaffen – unabhängig von den Marktentwicklungen in der Folge des Kriegs in der Ukraine.